

Antrag
der Fraktion der SPD

Abrüstung taktischer Atomwaffen

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, sich gegenüber denjenigen Staaten, die in Deutschland Atomwaffen unterhalten, für den unverzüglichen Abzug dieser Waffen einzusetzen.
2. Der Deutsche Bundestag fordert die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten auf, eine verbindliche Erklärung über den vollständigen Abzug ihrer landgestützten nuklearen Kurzstreckenraketen und atomaren Artilleriegranaten aus Europa abzugeben und sich zu verpflichten, solche Systeme nicht wieder nach Europa zurückzuführen. Verhandlungen können sich dann auf die Verifizierung dieses Abzugs und auf Hilfe bei der Vernichtung von Trägersystemen und insbesondere von Sprengköpfen konzentrieren.

Der Deutsche Bundestag fordert darüber hinaus die Bundesregierung auf,

- gegenüber ihren Bündnispartnern zu erklären, daß sie unter keinen Umständen die Stationierung neuer atomarer Waffen auf deutschem Territorium dulden wird;
 - auf die Nuklearwaffenstaaten einzuwirken, über die weltweite Beseitigung aller Kategorien taktischer Nuklearwaffen zu verhandeln.
3. Die Beseitigung taktischer Nuklearwaffen darf sich nicht auf landgestützte Kurzstreckenraketen und Atomartillerie beschränken, sondern muß auch die luftgestützten Waffensysteme einbeziehen. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, sich dafür einzusetzen, daß der NATO-Gipfel am 6. und 7. November 1991 den Absichten in der NATO, neue luftgestützte Atomraketen in Europa zu stationieren, endgültig ein Ende setzt.
 4. Die Bundesregierung muß ihre Geheimhaltungspolitik in bezug auf Umfang und Stationierungsorte der in Deutschland gelagerten Atomwaffen aufgeben. Nach den Veränderungen

in Osteuropa und in der Sowjetunion besteht noch weniger Berechtigung als früher, der Öffentlichkeit Informationen über Atomwaffen in Deutschland vorzuenthalten.

Bonn, den 27. September 1991

Dr. Hans-Jochen Vogel und Fraktion

Begründung

Mit dem Ende des Warschauer Paktes sind alle bisherigen offiziellen Voraussetzungen der NATO hinfällig geworden, gegen eine konventionelle Überlegenheit im Rahmen der Flexible-response-Strategie taktische Nuklearwaffen zur Verfügung zu haben. Ein unverzüglicher Abzug aller Atomwaffen aus Europa ist ebenso geboten wie Verhandlungen über die kontrollierte weltweite Beseitigung dieser Waffen, deren Einsatz gleichbedeutend mit der Selbstvernichtung war und ist.